

«Der Bischof hat mich sehr verletzt»

Hugo Gehring, Pfarrer an der Kirche St. Peter und Paul, Vorsteher des Dekanats Winterthur und Mitunterzeichner der Pfarrei-Initiative, äusserte sich am Donnerstag im StadTalk offen über die Erstarrung in der katholischen Kirche und seine Hoffnung auf den neuen Papst.

REGINA SPEISER

Die Sitzreihen der katholischen Kirche St. Peter und Paul sind stets gut gefüllt, wenn Hugo Gehring predigt. Von einer «Fangemeinde» des Pfarrers spricht gar StadTalk-Moderatorin Karin Landolt. Doch Gehring winkt ab. Sein volles Haus begründet er mit der zentralen Lage und dem attraktiven Baustil der kürzlich renovierten Kirche, fügt dann aber verschmitzt lächelnd hinzu: «Ich vertreibe die Leute offenbar nicht.»

Seine Liebe zum Beruf und die Überzeugung, den richtigen Lebensweg gewählt zu haben, scheint aus allen seinen Äusserungen. Gehring sind die Menschen wichtig, wie er sagt. «Die Kirche hält mich nicht in der Kirche, aber Glaube, Liebe, Hoffnung schon.» Der bekannte TV-Moderator Hape Kerkeling habe das in seinem Buch zum

«Die Kirche ist wie ein Dorf kino, aber der Film ist gut»

Hugo Gehring, katholischer Stadtpfarrer

Jakobsweg gut beschrieben: Die Kirche sei wie ein Dorf kino, das vielleicht etwas renovationsbedürftig sei, aber einen sehr guten Film zeige, und deswegen gingen die Leute auch hin.

Einem Pfarreiangehörigen, der einst austreten wollte und sich schriftlich mit der Frage «Was hält mich noch in der Kirche?» an Gehring wandte, antwortete dieser kurz und bündig: «Das Evangelium. Mit freundlichen Grüssen, Ihr Pfarrer.» Sie hätten dann ein ausführliches Gespräch geführt, der Mann sei heute noch Mitglied der Gemeinde.

Von Zölibat und Heuchelei

Gehring fordert in allen kirchlichen Belangen immer wieder offene Gespräche. So hofft er, dass der neu gewählte Papst den Diskurs über das Zölibat zulässt. Er selber habe nie bereut, keine Familie zu haben. Die Menschen hätten im Allgemeinen zwei Grundbedürfnisse: Geborgenheit und Freiheit. Ihm sei die Freiheit schon immer sehr wichtig gewesen. Er brauche Raum und Autonomie. «Ich habe immer in Pfarrhaus-Wohngemeinschaften gelebt und dieses Zusammensein in lockerem Rahmen genügt mir.» Er kenne einige katho-

sche Amtsträger, die in einer sogenannten heimlichen Beziehung lebten. Oft wisse ein ganzes Dorf davon, doch niemand störe sich daran. Solche Tatsachen zu ignorieren, sei doch «Heuchelei», stellt Moderatorin Landolt fest. «Ja natürlich», pflichtet ihr Gehring bei, und er ergänzt etwas ironisch: «Im Evangelium steht recht viel zur Heuchelei.»

Blieben bis zum Rauswurf

Der neue Papst, der in seiner ersten Ansprache von sich «bescheiden als Bischof von Rom» und viel von einem «gemeinsamen Weg» gesprochen habe, lässt Gehring hoffen. Hoffen auf einen Schritt in Richtung Dezentralisierung der katholischen Kirche, auf ein Mitspracherecht der Diözesen, auf Reformen.

Gehring hat die kürzlich lancierte Pfarrei-Initiative mitunterzeichnet.

«Aus Solidarität mit den Pastoralassistentinnen und -assistenten», wie er sagt. Und weil er vor allem drei der darin genannten Punkte gerne umgesetzt sehen würde: die Zulassung der Laienpredigt, die eucharistische Gastfreundschaft gegenüber den Reformierten und einen barmherzigeren Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen. Die Unterzeichner der Initiative mussten ihre Beweggründe in einem Brief darlegen. Gehring schrieb fast drei Seiten an Vitus Huonder. «Die Antwort des Bischofs verletzte mich dann sehr.» Wem es in der katholischen Kirche nicht gefalle, der könne ja gehen, hatte Huonder geschrieben, in einem kopierten Brief, der nicht einmal von Hand unterzeichnet war. Gehring lässt sich dadurch nicht beirren. «Ich bin enorm gerne Pfarrer und bleibe, bis man mich rauswirft.» Er hoffe, dass es nicht so weit komme, eine Kündigung würde er anfechten.

Von Hugo Gehring wird auch künftig noch viel zu hören sein: Bald wird er im Schweizer Fernsehen das Wort zum Sonntag moderieren. Das dürfte den Bischof kaum freuen, meint Moderatorin Landolt. Gehring erwidert mit Genugtuung: Darüber habe der Bischof nun einmal nicht zu entscheiden.



Er spricht Klartext, fordert Reformen und eckt damit beim Klerus an: der katholische Stadtpfarrer Hugo Gehring. Bild: Heinz Diener

In Rekordtempo Kompetenzen neu geregelt

Mitte Januar kam das Thema auf den Tisch, Mitte März ist alles geregelt, und Mitte April will man das Geschäft besiegeln. Die städtische Finanzkontrolle kommt unter die Fittiche des Parlaments.

MARTIN GMÜR

Städtische Finanzkontrolle? Nie gehört? Kein Wunder. Das Gremium, quasi die Revisionsstelle der Stadt, arbeitet im Hintergrund. Ohne Publikumskontakt und ohne kaum je Schlagzeilen zu machen. Den letzten richtigen Auftritt im «Landboten» hatte die Finanzkontrolle vor dreieinhalb Jahren, als ein interner Bericht öffentlich wurde, der vor einer Kostenexplosion beim Erweiterungsbau der KVA warnte.

Und nun plötzlich mehrere Artikel in kurzer Folge. Was ist geschehen? Am 28. Januar dieses Jahres reichten 34 Gemeinderäte von grün bis schweizerdemokratisch unter Führung des grünliberalen Michael Zeugin eine Motion ein – notabene das stärkste Mittel, das

dem Parlament zur Verfügung steht. Die Mehrheit verlangt, dass der Gemeinderat den Leiter der Finanzkontrolle bestimmen sollte. Bisher hatte der Stadtrat das Recht, diesen auszusuchen und dem Parlament vorzuschlagen. Einen Monat später, am 25. Februar, erklärte sich der Stadtrat an einer Parlamentssitzung einverstanden.

Dickes Dossier im Eilzugtempo

Keinen Monat später verschickte der Stadtrat kürzlich ein dickes Dossier, worin alles neu geregelt ist: Der Stadtrat gibt alle Kompetenzen bezüglich Finanzkontrolle dem Gemeinderat ab. Das ist Rekordtempo. Niemand kann sich erinnern, dass sich je ein Wunsch des Parlaments so schnell erfüllt hat.

Mehr als nur erfüllt, muss man sagen. Denn der Stadtrat verzichtet nicht nur auf das Vorschlagsrecht, sondern geht noch weiter, als der Gemeinderat gefordert hatte. Bisher war die Finanzkontrolle, die unabhängig vom Finanzamt und der Verwaltung arbeitet, dem Departement Finanzen angegliedert. Neu wird sie administrativ der Leitung des Gemeinderats zugeordnet. Und der

Gemeinderat will das angeschlagene Tempo beibehalten. Wenn möglich und wenn die Beratung in der Kommission keine Verzögerung verursacht, will Ratspräsident Josef Lisibach das Geschäft schon am 15. April abschliessen.

Der Grund für die Motion und das hohe Tempo liegt in einer Personalie. Der Leiter der Finanzkontrolle, Georg Ludwig, der seit 25 Jahren für dieses Gremium tätig ist und ihm seit 2010 vorsteht, will sich Ende Jahr mit gut 62 pensionieren lassen. Die Auswahl und

«Die Finanzkontrolle prüft, ob mit dem Geld vernünftig, korrekt und integer umgegangen wird»

Der Stadtrat über seine Kontrollinstanz

Wahl seines Nachfolgers soll nun bereits in den Händen des Gemeinderats liegen. Er selber sieht das positiv: «Es unterstreicht unsere Unabhängigkeit.» Wie verborgen Ludwig und seine vier

Mitarbeitenden wirken, zeigt die Mediendatenbank: Seit seiner Wahl 2009 ist sein Name nirgends mehr öffentlich aufgetaucht.

Die Alarmglocken läuten selten

Diese Nichtwahrnehmung ist erstaunlich, aber erklärbar. Ludwig und seine Leute arbeiten in einem «Spannungsfeld zwischen Politik und Verwaltung», wie der Stadtrat schreibt, aber sie treten nie von sich aus an die Öffentlichkeit. Die Finanzkontrolle unterstützt den Gemeinderat bei der Aufsicht über die Finanzen, aber auch den Stadtrat bei der Aufsicht über die Verwaltung. Sie muss «objektiv und unvoreingenommen» prüfen, ob mit den öffentlichen Geldern «unabhängig, korrekt, integer und vernünftig umgegangen wird». In anderen Worten: Wenn Politiker oder Verwaltungsangestellte Unrechtmässiges versuchen oder gar schlampfen, läuten die Leute von der Finanzkontrolle im Hintergrund die Alarmglocken. Dass sie dies nicht häufiger tun, als eingangs erwähnt, zeigt: So schlecht, wie gelegentlich gemunkelt wird, arbeiten Winterthurs Politik und Verwaltung nicht.

Stadtrat hat an die Kreativen gedacht

Die Zwischennutzer aus der Kreativwirtschaft werden bei einem Abbruch des Busdepots Deutweg nicht vergessen. Diese Zusage macht der Stadtrat sinngemäss in seiner Antwort auf die Interpellation von FDP-Gemeinderat Stefan Feer. Für den genossenschaftlichen Neubau, der in ein paar Jahren auf dem heutigen Busdepotgelände entstehen soll, sei ganz bewusst eine Gewerbequote von 15 Prozent vorgegeben worden, schreibt der Stadtrat. Das Angebot an Ateliers für Kreative sei in der Stadt heute bereits gross. Um die Bedürfnisse dieses immer wichtigeren Wirtschaftszweiges zu prüfen, laufe zudem eine Studie, die von der Stadt mitfinanziert werde. Erneut bekräftigt der Stadtrat in der Antwort seinen Willen, das Busdepot abzureissen. Er betrachtet den Erhalt der einstigen Tramhalle trotz ihrer «kulturhistorischen Bedeutung» als unverhältnismässig. Gegen den Abbruch wehrt sich eine Interessengemeinschaft aus Zwischennutzern und Anwohnern. Die IG Busdepot erzielte vor Kurzem einen Teilerfolg vor dem Baurekursgericht und sicherte sich die Option, die Nichtunterschutzstellung ebenfalls vor Gericht anzufechten. (mcl)